

Liebe Pax Christi –Gruppe,

Herzliche Grüße

endlich möchte ich Ihnen meine Antwort zukommen lassen, leider komme ich erst heute dazu, da es sich doch um recht umfangreich zu bearbeitende Fragen handelte. Ich bedanke mich sehr, dass Sie die Haltung der KandidatInnen zu diesen wichtigen Zukunftsfragen interessiert.

Unsere Zukunft muss ökologisch, sozial gerecht, friedfertig, weltoffen sein, sonst wird es keine Zukunft sein, die wir unseren Kindern mit gutem Gewissen überlassen. Die Globalisierung muss genutzt werden soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards, für die wir hier in Europa gekämpft haben nach den Schrecknissen der Weltkriege und des Nationalsozialismus, weltweit zu etablieren.

Wenn Sie mir eine Emailadresse zukommen lassen, würde ich Ihnen meine Antworten gerne auch digital übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen,

Kerstin Täubner-Benicke

Zu Ihren Fragen:

Thema Abrüstung

1. Nein.

Wir lehnen eine Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung klar ab.

Stattdessen wollen wir, dass Deutschland endlich sein Versprechen für mehr globale Gerechtigkeit einlöst. Darum werden wir bis 2021 das Ziel erreichen, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung auszugeben, indem wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Klimaschutz jährlich um 2 Mrd. Euro erhöhen und auch danach die Klimagelder weiter anwachsen lassen. Ausgaben für Geflüchtete in Deutschland werden wir nicht anrechnen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen aus. Dies ist auch ein Beitrag zur zivilen Krisenprävention und langfristig zur Fluchtursachenbekämpfung. Der Kampf für eine nachhaltige Entwicklung und einen wirksamen Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen.

Wir setzen uns dafür ein, die **zivile Krisenprävention finanziell und strukturell zu stärken.**

Dazu fordern wir ein strategisches und kohärentes Handeln in allen Ressorts und Politikbereichen, das von einem Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte überprüft wird. Wir wollen die Verbesserung von Frühwarnungs-, politischen Analyse- und Mediationskapazitäten. Die Arbeitsfähigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen wollen wir stärken und das Kapital der Deutschen Stiftung Friedensforschung erhöhen. Notwendig ist auch der planmäßige Ausbau schnell verfügbarer Polizei-, Rechtsstaats- und Verwaltungsexpert*innen. Der Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 zum Schutz von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten und zur gleichberechtigten Einbindung von Frauen in die Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung, muss finanziell unterfüttert und wirkungsorientiert ausgerichtet werden. Wir wollen, dass Deutschland Mitglied im Europäischen Friedensinstitut wird und bei den Vereinten Nationen und in der EU einen Freundeskreis für Krisenprävention initiiert. Friedensmissionen der Vereinten Nationen, der EU und der OSZE leisten weltweit einen wichtigen Beitrag zur Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung. Wir wollen die deutschen zivilen und militärischen Beiträge in diesen Missionen erhöhen.

2. Ja.

Wir stehen für eine Welt ohne Atomwaffen ein und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir werden weiter für die vollkommene atomare Abrüstung kämpfen. Wir GRÜNEN fordern den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel und die endgültige Aufgabe der völkerrechtswidrigen "nuklearen Teilhabe". Wir sind strikt gegen eine eigenständige atomare Bewaffnung der EU.

3. Ja.

Wir setzen uns für eine internationale Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroborer ein und sind gegen die Beschaffung oder Entwicklung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr. Wir fordern einen internationalen Verhaltenskodex zur Cybersicherheit, der u.a. eine Selbstverpflichtung enthält, zivile (Netz)-Infrastruktur nicht zum Ziel oder Instrument militärischer Angriffe zu machen. Wir wollen nicht, dass die USA ihre Basen in Deutschland für völkerrechtswidrige Angriffe nutzen. Die Überflugrechte und Militärbasen ausländischer Streitkräfte in Deutschland dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden.

Thema Friedensbildung

1. Ja.

Die Arbeit von Friedensdiensten und Friedensinitiativen ist viel zu wenig bekannt.

2. Ja.

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen (Drucksache 18/1259) „Die 94 hauptamtlichen Jugendoffiziere der Bundeswehr erläutern seit dem Jahr 1958 (im Schwerpunkt) der jungen Generation in der Schule Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr, die Einbindung Deutschlands in die NATO und die Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa. Sie nehmen Stellung zu den immer komplexer werdenden militärischen und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen im Sinne der offiziellen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die Jugendoffiziere werden von den Schulen auf Grundlage der Rahmenlehrpläne der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer zu Informationsvorträgen in den Unterricht eingeladen. Damit liegt die Durchführung des Unterrichts ausschließlich in der Verantwortung der Lehrkräfte. Jugendoffiziere betreiben keine Nachwuchswerbung. ... Dabei muss der Unterricht durch den verantwortlichen Lehrer methodisch-didaktisch kontrovers angelegt sein, damit sich Schülerinnen und Schüler ein eigenes, argumentativ herleitbares Urteil bilden können. Die Jugendoffiziere stehen für Diskussionen mit Vertretern von Friedensinitiativen – wenn die Schulen dies wünschen – auch im Unterricht zur Verfügung.“

Meine persönliche Meinung ist, dass es zwar Aufgabe der Schulen ist, Heranwachsende politisch umfassend zu bilden, allerdings missfällt mir sehr, dass nicht im gleichen Maße VertreterInnen von Friedensinitiativen und Zivilen Friedensdiensten eingebunden werden. Insofern ergibt sich für mich hier eine Schiefelage. Ich möchte, dass jungen Menschen Friedenspotentiale und an Friedenslogik herangeführt werden. Eine Pflicht zur Teilnahme an Veranstaltung mit Jugendoffizieren sollte es nicht geben.

3. Ja.

Die Anwerbung von minderjährigen Rekrut*innen lehnen wir ab. Werbeformate wie „Die Rekruten“ oder Plakatkampagnen halte ich für nicht geeignet die besonderen Herausforderungen und Erfordernissen, die einem Mitglied einer Berufsarmee, die sich auch in Auslandseinsätzen befindet, darzustellen.

Thema Rüstungsexporte

1. Ja.

Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer problematischen Menschenrechtslage mit einem restriktiven und verbindlichen **Rüstungsexportgesetz** stoppen und die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei Rüstungsexportgenehmigungen wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll künftig die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In vorher klar definierten, besonders heiklen Fällen soll der Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um die Rechtmäßigkeit genehmigter Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf europäischer Ebene kämpfen wir darum, eine EU-weite gemeinsame Rüstungsexportkontrolle deutlich restriktiver zu gestalten.

2. Ja.

Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien nähren die Kriege im Nahen Osten, aber auch die Militärdiktatur in Ägypten und den sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Besonders viele Opfer fordert der Einsatz von Kleinwaffen. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen übertrumpft in der Abwägungsentscheidung der Bundesregierung das Interesse an Krisenprävention und Konfliktlösung. Damit muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit einem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an strenge Kriterien geknüpft und massiv begrenzt wird.

Thema Asyl, Fremdenfeindlichkeit

1. Rechtsextreme Fanatiker*innen, Reichsbürger*innen, Nazis und sogenannte Identitäre formieren sich. Es gibt eine zunehmend laute rechte und rechtspopulistische Szene in Deutschland, die sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen. Die Zahl rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir stellen uns dem Rechtsruck und der zunehmenden Gewalt entschieden entgegen. Polizei und Justiz müssen rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen und ahnden. Wir wollen den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. So müssen Opfer von rechter Gewalt aussagen können und besser unterstützt werden – in solch begründeten Fällen dürfen Menschen nicht einfach abgeschoben werden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischer Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Sexismus sowie die Abwertung von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung gilt es überall dort zu wirksam zu begegnen, wo sie vorkommt – in rechtsextremen Strukturen und rechtspopulistischen Bewegungen wie im Alltag, bei Migrant*innen und Flüchtlingen wie in der alteingesessenen Bevölkerung. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass sich alle Menschen - unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität, Weltanschauung, Religion oder ihres sozialen Status - frei und sicher bewegen und entfalten können. Wo immer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren, sichern wir ihnen unsere volle Unterstützung und Solidarität zu: sei es in Vereinen, Initiativen und Religionsgemeinschaften durch Bildungs-

und Beratungsarbeit oder durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen. Das wollen wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen.
Zum **zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechts** gehören für uns auch Demonstrationen. Symbolische Strafverschärfungen auf Kosten der Demonstrationsfreiheit lehnen wir ab. Sie machen keine Versammlung friedlicher. Eine deeskalierende Einsatzstrategie sowie gut ausgebildete und ausgeruhte Einsatzkräfte sind hier für alle Seiten viel sinnvoller.

Wir wollen **Prävention und Partizipation** ausbauen. Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten, gleich wie sie politisch oder fundamentalistisch motiviert sind. Das gelingt durch eine Kultur des Hinschauens. Wir wollen Radikalisierung von Anfang an verhindern: Deshalb müssen wir deutlicher und früher als bisher den Blick auf die elementare Bedeutung und positiven Effekte von parlamentarischer Demokratie, Rechtsstaat und Gewaltenteilung lenken. Dazu fordern wir eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, Menschenrechtsbildung sowie der Förderung von Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen und eine Stärkung von Beratungsstellen, Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten, denn sie waren in der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung. Gerade an sozialen Brennpunkten müssen wir auch mit städtebaulichen und wirtschaftlichen Maßnahmen für Perspektiven sorgen, um Gewalt und No go Areas schon im Ansatz entgegen zu wirken. Wir wollen Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, als auch gegen gewaltbereiten Islamismus und Salafismus massiv ausbauen und zivilgesellschaftliche Ansätze stärken. Hier gilt es die Präventionsarbeit in und mit den Moscheegemeinden zu unterstützen. Dabei ist eine breite Vernetzung wie etwa mit Polizei, Schule und Jugendhilfe vor Ort besonders wichtig.

Wir sagen rechten und rechtspopulistischen Kräften in unserer Gesellschaft den Kampf an. Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene Demokratie stark. Diese zivilgesellschaftlichen Institutionen verdienen staatliche und politische Unterstützung und Anerkennung. Damit solche Strukturen unabhängig von politischen Mehrheiten und ohne bürokratischen Mehraufwand arbeiten können, wollen wir GRÜNE sie dauerhaft mit einem **Demokratieförderungsgesetz** stärken, das ihnen verlässlich die nötigen finanziellen Grundlagen garantiert. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab. Außerdem müssen auch staatliche Bildungs- und Beratungsangebote gegen rechte Gewalt ausgebaut werden.

Ich persönlich bin Gründungsmitglied beim Starnberger Dialog, der sich am 3. Oktober 2016 gegründet hat.

2. Wir setzen uns seit unserer Gründung für globale Gerechtigkeit ein. Selbstverständlich wollen wir auch die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verbessern und Fluchtursachen bekämpfen. Kriege, Armut und Terror treiben immer mehr Menschen in die Flucht – derzeit über 65 Millionen weltweit. Außerdem verlieren viele Menschen ihre Existenzgrundlage durch Umweltkatastrophen und die Klimakrise. Und nicht zuletzt sorgen auch Landaufkäufe von Staaten und Großkonzernen in Entwicklungs- und Schwellenländern dafür, dass die Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Das wird aber nicht gehen, ohne dass die westlichen Industrieländer wirtschaftliches Handeln mit der Erreichung von Entwicklungszielen, der Achtung der Menschenrechte und der Einhaltung der internationalen Sozial-, Arbeits-, Umweltschutzabkommen und in Einklang bringen.

Zum Thema Integration:

Erstens. Wir wollen Leben retten, sichere und legale Fluchtwege schaffen: Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Not geben. Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen treten wir auf europäischer Ebene für ein Seenotrettungsprogramm ein und werden unterdessen die zivilen, gemeinnützigen Rettungsorganisationen stärken. Zudem wollen wir großzügige Aufnahmeprogramme schaffen, die Schutzbedürftigen nicht nur aus den Anrainerstaaten Syriens die legale Einreise ermöglichen, sondern auch andere Geflüchtete, die sich in lang andauernden prekären Lagen befinden. Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Das individuelle Grundrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden. Wir wenden uns gegen seine Aushöhlung. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Unser Ziel ist ein bundesweiter Abschiebungsstopp nach Afghanistan.

Zweitens. Wir wollen Familien zusammenführen: Sorge und Angst um die Liebsten sowie jahrelange Trennung von Familienangehörigen sind oftmals das größte Hindernis, in einer neuen Heimat anzukommen. Wir wollen deshalb die grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte wieder rückgängig machen. Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften einsetzen, um die Wartezeiten für Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.

Drittens: Wir wollen die Integration von Geflüchteten anpacken, Kommunen besser ausstatten: viele der Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen, können in absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, ihnen Perspektiven zu eröffnen. Die Grundlage dafür ist der schnellstmögliche Zugang zu Integrations- und Sprachkursen ohne Einschränkung durch den Aufenthaltsstatus, die Anerkennung von Abschlüssen und mitgebrachten Kenntnissen sowie eine gute Beratungsstruktur zu Arbeitsmarktzugang und Wohnungssuche. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, wollen wir Ländern und Kommunen ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie diese Herausforderungen gut bewältigen können. Nur wenn Integration von allen Ebenen gleichermaßen getragen wird, kann sie gelingen. Eine menschenwürdige Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland beinhaltet für uns:

- Beschleunigte Anerkennungsverfahren und deutlich mehr Personal für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterbringung und der Integration
- Die Bereitstellung menschenwürdiger Flüchtlingsunterkünfte
- Die Öffnung von Sprach- und Integrationskursen für Asylsuchende
- Die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes
- Eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung und eine angemessene medizinische und psychosoziale Versorgung von (traumatisierten) Flüchtlingen
- Die Schaffung von Zugängen zum Arbeitsmarkt
- Die Möglichkeit der sicheren und legalen Einreise nach Europa, etwa durch humanitäre Visa

Thema EU

1. Ja.

In Ungarn und Polen sehen wir bedenkliche Entwicklungen. Denn als klar proeuropäisch ausgerichtete Partei wollen wir Europa zusammenhalten. Wir begrüßen Initiativen, die in diesen Zeiten Europa konstruktiv und visionär weiterdenken und für die EU auf die Straße gehen. Ein Europa der lebendigen solidarischen Zivilgesellschaft, die der Europäischen Idee

neuen Schwung verleiht, ist ein wichtiges Korrektiv zum Europa der Staaten und zum aufkeimenden nationalen Egoismus. Daher unterstützen wir die vielfältigen proeuropäischen Bürger*innenbewegungen in ganz Europa. Auch wir sind empört, wie mitten in Europa, etwa in Ungarn oder Polen, die Demokratie und der Rechtsstaat ausgehöhlt werden. Dagegen stellen wir uns. Wir wollen deswegen, dass die EU-Grundrechtecharta EU-weit für alle Gesetze gilt.

2. Ein Europäischer Pass könnte ein Vehikel zur Europäischen Integration sein. Wir wollen ein Europa der Bürger*innen schaffen. Wir wollen Europa gemeinsam mit seinen Bürger*innen weiterentwickeln, transparenter, demokratischer und erfahrbarer machen. Wir wollen das direkt gewählte Europäische Parlament als zentralen Ort der europäischen Demokratie stärken u.a. durch die Möglichkeit eigene Gesetzesvorschläge einzubringen.

Thema Gerechtigkeit

1. Ja.

Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das wollen wir ändern. Die ungleiche Besteuerung von Kapitalerträgen zu allen übrigen Einkünften wollen wir beseitigen, indem diese Erträge wieder dem normalen, persönlichen Einkommenssteuersatz unterliegen.

Noch immer gehen uns hohe Steuereinnahmen verloren. Mit aggressiven Steuertricks, dem Bankgeheimnis und den Steuerdumpingländern gibt es gerade für Superreiche zu viele Möglichkeiten, sich der Steuerverantwortung zu entziehen. Dieser Praxis sagen wir den Kampf an. Es darf keine anonymen Briefkastenfirmen mehr geben. Geschäfte in Steuersümpfen, die Steuerbetrug systematisch unterstützen, werden wir sanktionieren. Steuerliche Vorteile durch Wohnsitzverlagerungen ins Ausland wollen wir beenden. Auch Steuervermeidung wollen wir angehen. Alle international tätigen Unternehmen sollen ab einer gewissen Größe ihre Gewinne und Steuerzahlungen nach Staaten offenlegen, damit sichtbar wird, wenn Konzerne wie Starbucks, Apple oder Google ihre Gewinne so verschieben, dass sie in den Ländern, in denen sie gute Geschäfte machen, keine Steuern zahlen. Tricksereien mit Lizenzgebühren und Zinsen wollen wir unterbinden. Banken tragen in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung und dürfen weder direkt noch indirekt durch entsprechende Beratung an der Steuerumgehung beteiligt sein.

Wir wollen Steuerstümpfe trockenlegen. Wir brauchen weltweite Regeln gegen Steuervermeidung. Panama Papers, Offshore- oder Luxemburg-Leaks – wir nehmen nicht hin, dass Konzerne und Superreiche mit Hilfe von Bankgeheimnis, Steuerdumpingländern und anderen Steuerlücken ihren Beitrag zum Gemeinwohl unterschlagen. Darum kämpfen wir für ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt. Auch zu Hause werden wir aktiv: Banken und Kanzleien untersagen wir Geschäfte mit unkooperativen Ländern, internationale Konzerne müssen ihre Gewinne nach Ländern aufschlüsseln und Briefkastenfirmen entziehen wir durch ein Transparenzregister die Grundlage.

2. Es gibt Regelungen über das Geldwäschegesetz und die Identifizierungspflichten. Darüber hinaus scheint es mir bei einer ersten Beschäftigung mit dem Thema schwer durchführbar, Maßnahmen zu ergreifen, ohne eine Diskriminierung über die Nationalität von Käufern vorzunehmen. Das ist meines Erachtens nicht grundgesetzkompatibel. Wer soll die Entscheidung vornehmen, dass es sich um ein Mitglied einer „korrupten Elite“ handelt. Der

Notar, der eine Beurkundung vornimmt? Es könnte sich aber auch um Investoren der deutschen Versicherungs- und Finanzindustrie handeln. Der Effekt ist der gleiche: knappe Ressourcen wie zum Beispiel bezahlbarer Wohnraum werden ausgebeutet. Das weltweit zu beobachtende Phänomen des Landgrabbing aber auch der Spekulation mit Nahrungsmitteln wird gerade auch von Finanzinvestoren betrieben. Da gilt es einen Riegel vorzuschieben. Unser Vorschlag dazu: wir begrenzen die Menge, die einzelne Akteur*innen von einem Produkt am Markt kaufen dürfen.

3. Ja.

Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir den Hochfrequenzhandel ausbremsen. Mit dem Brexit und der daraus resultierenden bzw. anzunehmenden Verlegung vieler Banken von London nach Deutschland wird Deutschland eine noch wichtigere Rolle im internationalen Bankenwesen einnehmen und daher wäre diese Maßnahme noch wirkungsvoller, auch wenn Deutschland vorausgeht.

4. Ja.

Die Mitfinanzierung von überhöhten Gehältern, Abfindungen und Versorgungszusagen durch die Bürger*innen wollen wir begrenzen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen wollen wir daher bei einer Million Euro pro Kopf deckeln, jene von Gehältern bei 500.000 Euro pro Jahr und Kopf.